

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Jedem wöchentlich am Samstag.
Ausgabe preis vierteljährlich 600 Mk.
Postanweisung 60 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Beitrags).

Berantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röderstraße 16.
Telefon: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die schägespaltene Koloniezeile oder deren Raum 600 Mk. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 6047 a.

Rückblick und Ausblick

1923

Wir wollen noch einmal den Hammer probieren —
Genossen! Lasst uns die Feuer schüren.

Wir hämmern, wir hämmern das neue Jahr —
Umsprüt von den Funken roter Schar.

Und ist sie auch spröde: die Wirklichkeit —
Wir vollenden doch die Pflugschar der Zeit.

Das Schicksal ruft: Volk! Schmiede.
Das Schicksal ruft: Volk! pflege.

Max Dörn

Ein Jahrkreis mit Frühling, Sommer, Herbst und Winter ist vollendet, ein neuer beginnt. An der Gemarkung zweier Jahre lassen Menschen wie Völker die zwölftmonatige Zeitstrecke, ihre Freuden und Leiden, Hoffnungen und Enttäuschungen noch einmal am Geiste vorüberziehen und richten dann den Blick ins kommende Jahr, um zu ergründen, was es an Guten wie an Bösen birgt.

Müchli und Ausblick! In dem zur Rüste gehenden Jahr wird das rückschweifende Auge der freudigen Gelegenheiten unendlich weniger entdecken, der Gelegenheiten des Gegenteils aber um so mehr. Es war für die schaffenden Menschen eine Zeit steigender Sorge, Verarmung und Verzweiflung. Zumindest gab noch mehr als einem früheren Jahr die Beutelust der herrschenden Klassen das Gepräge. Die Gier des Massens und der Unterdrückung feierte auf dem ganzen Erdentund wüste Orgien. Die arbeitenden Schichten waren allerwärts die großen Leidtragenden. Der Krieg sollte die menschlichen Augen offen und eichen, wenigstens wurde so von jenen Herrschern und Ruhmträgern in einem fort verkündet; statt dessen hat er nur Leid gebracht und vermeint. Damit sind die Arzneiprediger aus das gezeichnet, was sie sind, als Flachköpfe oder Schurken, oder beides zugleich. Die wilde Sucht, die der Krieg entfesselte, hat nach seiner Beendigung lustig weitergekümet. Und dies international wie national. Die herrschenden Klassen des einen Staates zeigten sich verschissener denn je, zu ihrem Ruh und Frommen vom Wirtschaftskörper der unglücklichen Nachbarn Blut abzuzapfen, und innerhalb eines jeden Landes waren die herrschenden Klassen eifriger denn je, die eigene, die arme, ausgemergelte Arbeiterschaft noch ärger auszupressen und zu unterdrücken. Diese gewalttätige kapitalistische Beteiligung hat alle Wochen und Tage des verflossenen Jahres ausgefüllt, sie hat ihm die Unruh, die Erschütterungen, die Qual gegeben, sie erschwert die Wiederkehr einer ruhigeren, erträglichen Zeit.

Die schroffen Wechselwirkungen des politischen und wirtschaftlichen Geschehens haben unzählige Millionen mit Weh und Ach erfüllt; sie hoffen und streben, aus dem Hängen und Bangen zwischen den Übeln herauszukommen. Dieses Streben ist nur zu begrüßen, es muss aber von einer klaren Erkenntnis der Ursachen des Zustandes geleitet sein, soll es nicht noch tiefer in den Schlamm des Elends führen. Siehe Italien. Dort sind starke Haufen Proletarier bei dem Versuch, der kapitalistischen Charybdis zu entrinnen, der sogenannten Sihl in anhingefallen. In ihrer geistigen Hilflosigkeit hatten sie sich von dem Wahnsinns erfüllen lassen, ihre vielgestaltige Not sei mit der Betriebsbesetzung und der Landverteilung zu beenden, sie könnten mit einem leisen Schlag den übeln Zustand beseitigen, den Jahrzehnte entwidelt und gefestigt haben. Als die gefährliche Illusion zerstoben, wurden die armen Betörten von einem noch gefährlicheren Wahns übermannt. In hellen Scharen folgten sie den Flötentionen des faschistischen Rattenfängers und vertraten dessen Weisungen ebenso inbrünstig, wie sie kurz vorher den Propheten der Betriebsbesetzung und der Landverteilung vertraut hatten. Wie lange wird es dauern, und die Armen im Geist oder Stärken im Überglouben stehen wiederum am Grabe ihrer Hoffnung. Ob es für sie dann noch ein leichtes Zurück auf die Bahn des freien Handels und ausichtsreicher Kampfes gibt, mag fraglich bezweifelt werden. Denn durch ihr unzulängliches Einverständnis zum Faschismus haben sie ihren Todfeind nochhaltig geblählt, gerade die Macht gewaltig gestärkt, der sie ihre geistige und wirtschaftliche Drangsal verbarsten.

Der Sieg des Faschismus in Italien war eines der bedeutendwerten Ereignisse des alten Jahres. Vorob entstand helle Freude in den reaktionären Gassen aller Lande. An dem italienischen Geschehnis ronkten sich kapitalistische Hoffnungen aufs neue empor. Die sonst im Leben so länderlichen Finger von Rossle & Co. spenden in erhöhtem Maße Silberlinge an jeden, in dem das Herz zu einem Mussolini zu vermuten ist. Die Früchte solchen Tuns haben sich die letzten Monate wiederholt gezeigt und sie dürfen sich im kommenden Jahre noch öfter bemerkbar machen, schon weil die Geldgeber des Faschismus noch weiter zu opfern

bereit sind, damit ihre Aussicht auf Reute sich steigere. Wie die Erfahrung genugsam lehrt, fallen die geistig armen, die unaufgeklärten, gewerkschaftlich ung e b i l d e n t e n P r o l e t a r i e r den reaktionären Flötenspielern am ehesten zum Opfer. Dank ihrer Beschränktheit sind sie töricht genug, von ihren eigenen Peinigern oder Ausbeutern menschliches Rühren und Hilfe zu erwarten. Nur ein Schaf sucht bei den Wölfen Zuflucht. Diese Winzenwahrheit ist, wie es in Italien und anderwärts offenbar ist, noch lange nicht von allen Arbeiterkreisen klar erkannt.

So düster auch das alte Jahr für die internationale Arbeiterschaft war, ganz ohne Lichtblide ist es nicht gewesen. Da ist unter anderem der große amerikanische Schlagabberstreik zu nennen, der nach sechzehntig Jahren Dauer mit einem vollen Siege der Arbeiter endete. Selbst wenn er an materiellem Gewinn gar nichts gebracht hätte, die Überwindung einer so heutewütigen und rücksichtslosen Kapitalistenschicht, wie es die amerikanischen Grubennomaden sind, wäre schon ein höchst achtbarer Erfolg. In der Schweiz ist es der sozialistischen Arbeiterschaft gelungen, die Regierung in die Gosse zu befördern, ein für das freiheitssiebende Proletariat bestimmtes Arbeitsgesetz, das in mehr als einer Hinsicht dem deutschen Sozialistengesetz schmachvoll Angedenken lässt. Ein noch verheißender Blickezahl kam von England. Dort ist die Arbeiterpartei, vor kurzen Jahrhunderten noch der Spott der alten Politikaster, mit fast verdoppelter Mandatzahl ins Unterhaus zurückgekehrt. Sie hat die Partei des größten politischen Altvaters der Gegenwart, Lloyd George, überflügelt, ist die erste Oppositionspartei geworden, womit sie die Arbeiterschaft hat, die künftige Regierung des britischen Reichs zu bilden. Aber auch in ihrer Stellung als Oppositionspartei wird die Arbeiterpartei, wie die Dinge im Mutterhaus der Parlamente stehen, einen nachhaltigen Einfluss auf die Gestaltung der englischen und der Weltpolitik ausüben. Was die sozialistische Hand am Steuer der britischen Weltpolitik für das geschlagene Deutschland als auch für den internationalen Sozialismus bedeutet, lädt kurzes Nachdenken einmassen.

Die innere Lage Deutschlands ist im alten Jahre noch um etliche Grade düsterer und ungewisser geworden. Dürster durch feste Fahnenherbung, der Reaktion, ungewisser durch die anhaltende Unvernunft der Geiten von Betriebs. Gegen die eigene Reaktion, die sich in Morden, Anschlägen und frechen Aufzügen übt, brachte die Erhebung des republikanischen Volkes wegen der Entmordung Rothenhans nur vorübergehend Lust. Die ungeheure Welle republikanischer Volkskraft, die in den letzten Junitagen aus allen deutschen Gassen der Reichsregierung zufloß, ist von dieser viel zu zaghaft und nicht gerade flug genutzt worden. Der große Anlauf zur bestreitenden Tat, der mit Worten angekündigt, kam nicht über ein Schlagzeug hinaus. Den Strom zur Reinigung des bürokratischen Stalles und der vielen anderen Rüstplätze der schwarzen Wächte zu verwenden, unterblieb einmal mehr. So konnte es kommen, daß die Reaktion nach kurzem Stillsein wieder kehrt geworden ist, neue Unruhe ins republikanische Land tritt und den deutschen Namen in der freiheitlich gesinnten Welt schändet. Es wäre schon viel für das neue Deutschland gewonnen, wenn der Schwerverdienerschaft, die die Anschläge gegen die deutsche Republik mit ihrem Gesetz speist, der Mammon für die leere Steuerkasse so abgeknüpft würde, wie es das Gesetz bestimmt. Indessen, auch für diese Mafregel der politischen Gefundung fehlt jetzt der Nutzen. Aber kann man die Reichsregierung allein für diese straffälligen Unterlassungsfürden verantwortlich machen? Wird nicht die Regierung von den Parlamentsfraktionen bestellt und bewegt? Wenn so, dann dürfen bei der Verteilung der Schuld bestimmte Fraktionen nicht vergessen werden.

Das alte Jahr hat somit neben nur wenigen freudigen Ereignissen der Widerwärtigkeiten die schwere Menge beschert, es hat eine Störung der Reaktion und unzählige Beutegüter von Unternehmersippen auf die Arbeiterschaft gebracht. Dann das unbeschreiblich wundernehmen nach so vielen Jahren des Krieges, der für die bestreitenden Klassen einen ungeheuren Zuwand an Reichtum und damit auch an politischer Macht bedeutet? Wer darüber greifen will, mag es tun, er sollte aber Obacht geben, daß er seine Klage nicht auf die falsche Adresse richtet. Viel besser als flügen ist, aus der trüben Erfahrung die rechte Lehre zu ziehen: Das heißt, sich fest an seine Klasse hältchen, sich des armen, schwachen, irrenden Bruders liebvolle annehmen, die gewerkschaftliche und sozialistische Organisation stärken und mit Wort und Tat immer und überall die Sache der Freiheit und der Wohlfahrt des arbeitenden Volkes verteidigen. So handeln heißt die Bürgschaft dafür schaffen, daß das neue Jahr leichter wird als das alte.

Die sozialisierte Wirtschaft

Der Gedanke der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens ist nicht erst neueren Datums; er ist überall hervorgetreten, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen einen hohen Grad erreicht hatte, wo das Massenleid die Gemüter erregte und geistig und körperlich hochstehende Menschen antreibt, auf Hilfe zu suchen. Er entspringt aus der Betrachtung des klassenden Gegenseites zwischen Besitzenden und Besitzlosen; er hat seine Wurzel in dem Gefühl, daß die Ungleichheit des Besitzes ein Unrecht ist, in dem die antisozialen Triebe die sozialen erstickten und daß nur die Gemeinsamkeit des Besitzes die Kämpfe der Menschen und Menschengruppen untereinander beendigen und ein friedliches Zusammenvirken und Zusammenleben innerhalb eines menschlichen Gemeinwohls herbeiführen wird.

Zu früherer Zeit waren es vorwiegend sozialistische Gründen, die für eine Sozialisierung des Wirtschaftslebens geltend gemacht wurden, in der Gegenwart sind auch noch wirtschaftliche Gründe hinzugekommen. Man hat nämlich erkannt, daß eine sozialisierte Wirtschaft imstande sein wird, höhere Leistungen zu erzielen und dadurch eine reichlichere und bessere Bedarfdeckung zu ermöglichen, wozu dann noch eine gerechtere Verteilung des Gebrauchsgegenwart kommen wird. Die kapitalistische Wirtschaft arbeitet nämlich planlos und verschwendend, weil sie eine ungeheure Kräftezerstörung und Kräftevergeudung mit sich bringt und weil sie zahlreichen Menschen die Möglichkeit gibt, sich auf Kosten fremder Arbeit ein arbeitsloses, luxuriöses Dasein zu verschaffen, während die großen Massen gezwungen sind, in Müdigkeit, im Glende zu leben. Eine organisierte Bedarfdeckungswirtschaft, die auf der gleichen Arbeitspflicht für alle beruht, wird alle wirtschaftlichen Kräfte anfeuern, zusammenfassen und auf ein gemeinsames Ziel, die Förderung des Gemeinwohls richten. Der erbitterte, erbarmungslose Kampf aller gegen alle, der seine Quelle in der unersättlichen Erwerbsgier und dem hemmungslosen Gewinnstreben hat, würde einem friedlichen Wettkampf gleichgesinnter und gleichstrebender Menschen Platz machen.

Aus dieser Erkenntnis und Hoffnung heraus ist der Willen zur Sozialisierung entstanden, den wir seit Jahrzehnten im deutschen Proletariat beobachten. Das sozialdemokratische Programm fordert „die Umwandlung des kapitalistischen Privat- eigentums an Produktionsmitteln: Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“ Durch diese Umwandlung und Neugestaltung unserer Wirtschaft soll „der Großbetrieb und die stetig wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebauten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung werden“. Auch in den neuen Reichsverfassung kommt der Sozialisierungsgedanke, wenn auch in etwas verwässerter Form zum Ausdruck. Im Artikel 166 heißt es: „Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet einer Entzündung, in sinnemäher Anwendung der für die Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen.“ Und an anderer Stelle heißt es, daß eine Enteignung wirtschaftlicher Unternehmungen vorgenommen werden kann, wenn das Wohl der Allgemeinheit es erfordert und daß insbesondere Grundbesitz enteignet werden kann, wenn es zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft nötig ist. Diese unmittelbare Vergesellschaftung durch das Reich wird noch ergänzt durch die mittelbare Vergesellschaftung, indem die Möglichkeit gegeben wird, daß wirtschaftliche Unternehmungen zum Zwecke der Gemeinwirtschaft zusammengefaßt und nach gemeinschaftlichen Grundsätzen geregelt werden. Grundsätzlich besteht also schon heute die Möglichkeit einer Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, wenn sie auch sehr verlaßt und dehbar ist. Die Kaufschaftsbestimmungen der Reichsverfassung stehen einstweilen noch auf dem Papier und es wird wohl noch manches Jahr vergehen, ehe ein greifbares Ergebnis dabei herauspringen wird.

Da der Begriff Gesellschaft in der Lust schreibt, so muß sich die Sozialisierung in der Praxis so vollziehen, daß entweder das Reich, die Einzelstaaten, die Gemeinden und die Gewerkschaften diesen oder jenen Betrieb oder ganze Betriebsgruppen übernehmen und in eigener Regie führen. Bedingung hierbei ist, daß die darin Beschäftigten gute Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, daß aber die heranwachsenden Überschüsse der Allgemeinheit zugute kommen. Es wäre nämlich ein Untrech und es wäre auch unsozialistisch, wenn die in einem Betrieb mit hoher Rentabilität Beschäftigten den herauspringenden Überzug in die eigene Tasche stecken, während die in nächster extremreicher Betrieben Beschäftigten trotz gleichwertiger Arbeit mit einer geringeren Entlohnung abgepeitszt würden. Das heißt, den kapitalistischen Privateigentum durch den Gruppenegoismus erlegen oder anders ausgedrückt, den Teufel durch Beelzebub austreiben. Die Förderung des Gemeinwohls durch pflichtgemäßes Arbeiten und planmäßiges Wirtschaften muß als Leitmotiv über der Sozialwirtschaft schreien.

Um dies Ziel zu erreichen, ist in einer solchen Wirtschaft eine hohe Wirtschaftlichkeit vorzuhaben, die eine wesentliche Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungen zur Voraussetzung hat. Diese Leistungssteigerung beruht zunächst auf einer Verbesserung der Technik, auf einer Verbindung der Technik mit der Wissenschaft. Möglichst vollkommen Werkzeuge und Maschinen, höchstmögliche Ausnutzung der Naturkräfte, gute Arbeitsmethoden sind die wichtigsten technischen Forderungen.

Gedann muß eine gute Organisation vorhanden sein, die alle wirtschaftlichen Kräfte in Anspruch nimmt und in den Organisationsverband einfließt, die jedo Kräftegegensplitterung und Kräftevergessung vermeidet, die vielmehr alle Kräfte in einer Einheit zusammenfaßt, die mit den Produktionsmitteln sparsam und sorgfam umgeht und die auch auf die menschlichen Faktoren des Arbeitsprozesses bewußt Rücksicht nimmt. In einer sozialistischen Wirtschaft, die aus der Höhe ist, muß ein Platz für andere geben, aber es muß auch politisch vermieden werden, daß die wirtschaftlichen Leistungen gesteigert werden auf Kosten von Menschenkraft, Menschengesundheit und Menschenglück. Eine Sozialwirtschaft darf nie vergessen, daß wir nicht leben, um zu arbeiten, sondern daß wir arbeiten, um zu leben; daß wir erste Menschen und dann Arbeiter sind, sie nicht, letzte gesagt, den lebendigen Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens stellen.

Vor allen Dingen kommt es auch darauf an, daß die in einem sozialisierten Betrieb tätigen Menschen sich der Tatsache bewußt werden, nicht für den Geldsack der Kapitalisten zu arbeiten, sondern für das Allgemeinwohl. Dieses Denkstein soll sich anneuern, in jeder Beziehung ihre Pflicht zu tun, damit der Betrieb blüht und gedeiht. Das bedeutet kein wildes Drauselnschaffen in überlanger Arbeitszeit und in überanstrengender Arbeitsweise, das bedeutet vielmehr ein sorgfames, pflichtgemäßes, politisch genaues Arbeiten. Es macht tatsächlich einen großen Unterschied, ob man die Maschinen und Anlagen schon, ob man mit den Rohstoffen, dem Feuerungsmaterial, der Beleuchtung usw. sparsam umgeht oder ob man drauselwirtschaftet. Gerade in dieser Beziehung soll ein Sozialbetrieb ein Musterbetrieb sein, weil er nur dann, wenn Technik, Organisation und Menschen gleichermaßen auf der Höhe sind, die Erwartungen erfüllen kann, die wir als Sozialisten auf ihn legen.

Wie die hohen Preise entstehen

Eines der sorgsamst behüteten Geheimnisse in den heutigen großen Unternehmungen, besonders in der Schwerindustrie, ist die Preiskalkulation. Man darf sagen, daß die Öffentlichkeit vorgelegten Geschäftsaufschlüsse gleichen in einem Hauptpunkte den amtlichen diplomatischen Aktenzügen, die über den Kriegsausbruch veröffentlicht wurden — das Wichtigste steht nämlich nicht darin; das Wichtigste ist durch eine Menge unwichtiger Angaben fälschlich zugegeben. In den Geschäftsberichten der scherhafturriellen Werke wird man vergebens nach Mitteilungen über die Preiskalkulationen suchen, und wo darüber berichtet wird, sind mehr nebensächliche, verwirrende, als grundlegende, ausslärende Daten geboten.

Wer die Handelspresse richtig zu lesen versteht — was nicht schwer ist, aber immerhin gelernt sein will —, wird bald bemerken, daß auch hier vieles verschwiegen wird, was die Allgemeinheit mehr angeht. Doch ist es eher möglich, hier die Vorgänge bei der Preiskalkulation nach Mitteilungen über die Preiskalkulationen suchen, und wo darüber berichtet wird, sind mehr nebensächliche, verwirrende, als grundlegende, ausslärende Daten geboten.

Was wir zum Beispiel bei den Preiskalkulationen des Stahlbundes beobachten, ist in mehr als einer Hinsicht schrecklich. Der Dollar als führende Währung zeigt den 2000fachen Friedensstand, dagegen zeigen die Eisenpreise, wie sie der Stahlbund in seinem Reichspreismuster feststellt, den 3400fachen Friedensstand und stehen rund 50 v. H. über dem Weltmarktpreis. Diese Preispolitik erinnert an das Sprichwort von dem alten straff gehpannten Bogen, der leicht gesprungen. Diese Preispolitik ist eine Gefahr für die deutschen Arbeiter, besonders für die Metallarbeiter, aber auch eine Gefahr für die Eisenverarbeitende Industrie.

Der Leser wird sofort die Frage aufwerfen, ob denn die Männer, die diese Preispolitik treiben, die Dinge nicht richtig durchdrücken oder ob sie trotz genügender Einsicht aus irgendwelchen Gründen diese Preispolitik nicht richtig halten, ob sie es für notwendig halten, daß wir in Deutschland höhere Eisenpreise bezahlen, als das Ausland, und ob es schließlich gebuhlt werden darf, daß, wie es öfters geschieht, aus Ausland billiger verkauft wird als an die deutschen Abnehmer.

Wenn eine Tonne Stahleisen (Siemens-Martin-Qualität) aus deutscher Werke Anfang Dezember 32000 M. kostet und eine Tonne gleichartige Güte vom ausländischen Werk 22400 M. (zu einem Guatenwert von 3200 M.), muß man fragen, wie diese Preisüberziehung vom Stahlbund begründet wird. Und da hören wir:

1. die eisenerzeugende Industrie müsse die um 50 v. H. im Preis gestiegene ausländische Erze verbütteln,
2. die eisenerzeugende Industrie stecke häufig große Verluste infolge ihrer entgegenkommenden Zahlungsbedingungen, wobei sie das Risiko der Wertentwertung für einen ganzen Monat trage.

Das sind die beiden Entschuldigungsgründe des Stahlbundes für seine Preispolitik, die jedoch Überbelastungen und Unzulänglichkeiten enthalten. Zu 1 ist zu bemerken: 1. Aus den Geschäftsberichten der Eisen- und Stahlwerke ist ersichtlich, daß die Werke nur bis 80 v. H. manche bedeutend weniger als 50 v. H. die Erze verbütteln. 2. Nur ein Teil der vom Ausland bezogenen Erze kommt aus Schweden und nur die schwedischen Erze sind im Preis bis 50 v. H. gesunken. 3. Ein großer Teil der Erze ist französische Minette, die mit dem ständig geführten französischen Franken bezahlt wird und bei deren Bezahlung ein weit größeres Teil deutscher Rohseide betrachtet wird als bei der Bezahlung schwedischer Erze, weshalb man nicht den Preis der schwedischen Erze der Eisenverarbeitung zugrunde legen darf, wenn man ehrlich kalkulieren will. 4. Der deutsche Eisenerzeuger ist der deutschen Industriewirtschaft noch immer nicht ganz gefolgt. Wenn ein Preis 25 v. H. deutsches Erz betrifft, ist also für diesen Teil noch nicht einmal der Dollarstand für das erzeugte Eisen maßgebend, und zwar um so weniger, als die Stahlpreise noch nicht das 2000fache erreichen und die Löhne und Gehälter sehr weit unter diesem Satz liegen. 5. Da nach den Angaben der Eisen- und Stahlwerke die Erzengenpreise eine den letzten Teil der Schließung der Eisenerzeugung bringen, wäre nach Lage der Dinge auch eine Preisunterstützung aller verarbeiteten Erze um 50 v. H. noch nicht gerechtfertigt, sondern es ist eine Preissteigerung von 17 v. H.

Aus ganz sozialem Entwickelungsbegrund des Stahlbundes: die Bedürfe infolge der Bezahlungsbedingungen. Die Erze und Stahlwerke wollen die Werke, die sie erledigen, wenn sie vier Wochen auf Bezahlung ihrer Produkte warten, auszögern, indem sie die Bezahlung vorne auf vier Wochen erhöhen und die dann in den Preis sofort einfließen. Wie sie in Wirklichkeit die Form und die Bezahlung der Löhne und Gehälter in den Werken durchsetzen, glauben sie das auch für die Bezahlungsverzögerung ganz allgemein tun zu können. Das heißt, sie reden die formelle Bezahlungsverzögerung in eben so in ihre Bezahlungsbedingungen. Das ist ein gewaltiges Werk für alle Werke, die zahlreiche Summen für die Bezahlungsverzögerung brauchen und die auf große Belüge an den Werken unterliegen. Durch diese verdeckte Einschränkung der Bezahlungsverzögerung ist die Bezahlungspreise wird die Markt bestimmt. Es ist die ganz unrichtige Leitung verdeckt, daß die Bezahlungsverzögerung nicht zu gering gesetzt oder zu hoch angelegt wird, um bei einer rapiden Wertentwertung nicht gefährdet zu sein. Die verdeckte Einschränkung der Bezahlungsverzögerung ist ein vollkommenes Werkzeug, das nicht gesehen werden sollte. Der Stahlbund bringt zweitens die Abschaffung der großen Erzen und Stahlwerke, die die Preispolitik, und dann die gesamte Bezahlungsverzögerung.

Er kommt aber noch eins hinz. Die Eisen- und Stahlwerke entziehen sich außerdem für die Bezahlung zwischen Bezeichnung und Bezahlung ihrer Produkte noch in anderer Weise. Sie nehmen im letzten Satz Bezahlung in Rechnung und sie lassen ihre Werke besteuern. Und dann die Gebühren tragen in dieser Stelle nicht ja, sondern die Steuer, die ja nicht über in den zweiten Stelle die

Reichsbank — wiederum in hohem Maße die Allgemeinheit. Die Diskontkosten, welche dabei auf die Werke entfallen werden, zum Beispiel vom Rohstoffverband auf 2 v. H. veranschlagt, und daß dieser Verband an Bankkrediten ermöglicht, wird der Stahlbund wohl auch zu stande bringen. Die Preisentwertung wird also vom Stahlbund bestimmt, in seiner Preisgestaltung. Dagegen lehnen sie die 1919 einen über das 18. Jhd. weit hinreichenden Krediten abgeschafft. Die Preisentwertungsgründe, die keine Preispolitik sind, ein betrügerisches Mandat. Im übrigen wird haben gemeldet, daß der Stahlbund eine wichtige Währung seiner Betriebe durchführte. Das Selbstentwertungsrisiko ist also jetzt auch rein äußerlich für ihn nicht mehr vorhanden, trotzdem aber die Preisüberziehung von 50 v. H.

Das hat abgedankte Kapital ist das des Monopolpreises, eine Große von großer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Der bestehende Vertrag wird sich fragen: Wenn nun die Monopolisten volle Freiheit haben in ihrer Preisgestaltung, worum fehren sie zum Beispiel den Eisenpreis nicht gleich auf 600000 M. statt auf 300000 M.? Es muss doch also wohl eine gewisse Grenze in der Preisgestaltung vorhanden sein, eine nicht sichtbare Gegenkraft, die die Monopolisten hindert, sich zu überschreiten. Ganzwohl, eine solche Grenze ist in Wirklichkeit gegeben, und zwar liegt sie in der Verbindung der Selbstkosten und der Wertschätzungen der Marktpreise, das heißt der Kaufkraft des inneren Marktes und der Konkurrenz des Auslandsmarktes. Diese Grenze wird aber von den Monopolisten immer weiter hinausgeschoben, die Preise werden so gesetzt, wie man annimmt, daß sie vom Abnehmer eben noch getragen werden können, wobei selbstredend auch die zweiten und dritten Abnehmer in ihrer Kaufkraft einkalkuliert werden. Über gerade durch die finanzielle Marktdurchsetzung wird die innere Kaufkraft immer schneller gesenkt und durch das Übersteigen des Weltmarktpreises auch die Kaufmöglichkeit im Ausland erschwert. So läuft diese Preispolitik der Monopolisten darauf hinaus, die eigene Monopolindustrie in eine Absatzfalle hineinzutrieben, allerdings bei gezielten Monopolgewinnen, die dann die folgende Krise leicht überstecken helfen. Der Monopolpreis ist immer ein Höchstpreis, ein selbstgesetzter Höchstpreis, allerdings gerade der höchstmögliche Höchstpreis.

Wollwirtschaftlich besehnen ist diese Preispolitik von ruinierender Wirkung. Sie ist die gewissenlosste und schädlichste Preispolitik, die betrieben werden kann. Wir müssen sie stoppen. Wir müssen die Macht der Monopolisten binden an die Interessen der Allgemeinheit, ähnlich wie es im Reichswohlfahrtsgesetz geschicht.

Unsere Arbeitslage Ende November 1922

Über die Beschäftigungsfrage und Arbeitslosigkeit Ende November 1922 waren 520 Verwaltungstellen mit 144710 Mitgliedern Berichterstattungen eingegangen. In diesen Verwaltungen wurden 2827 Betriebe mit 118223 Arbeitern geöffnet, 23860 Betriebe mit 811694 Arbeitern waren voll beschäftigt, während 287 Betriebe mit 81918 Arbeitern arbeiteten und 1 Betrieb mit 22 Arbeitern in Betrieb standen. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt die

	Oktob.
	v. H.
Beschäftigt	99,22
Kurzarbeit	0,78
Streich	—
Summen	100

Von 204 Verwaltungstellen mit 185774 Mitgliedern Berichterstattungen zu spät oder gar nicht ein. In diesen fehlenden Verwaltungstellen wurden nach seither Berichten 2827 Betriebe mit 81918 Arbeitern geöffnet.

Arbeitslos waren in den berichtenden Verwaltungstellen 110 v. H. oder 0,64 v. H. der Mitglieder, gegen 7708 = 0,63 v. H. im Oktober.

Es macht sich also sowohl in der Zahl der Kurzarbeiter, auch in der Zahl der Arbeitslosen eine weitere, wenn geringe Verschlechterung der Arbeitslage bemerkbar.

Jeden Tag 20 Milliarden Mark

Wir haben jetzt nach dem letzten Reichsbauausweis über 754 Milliarden Banknoten im Umlauf. Die Notenpreise arbeiten sieherhaft. In der ersten Septemberwoche hat die Reichsbank 14,23 Milliarden neu drucken können, in der ersten Oktoberwoche bereits doppelt soviel; nämlich 27,30 Milliarden Mark. In der ersten Novemberwoche sind 47,58 Milliarden neu gedruckt worden und in der letzten Novemberwoche 110,30 Milliarden. Von Anfang September bis Ende November hat sich also die Produktivität der deutschen Notenpreise und der Reichsbank deutlich. Heute drucken wir den Tag das 1½fache der Summe, die wir in der ganzen ersten Septemberwoche auf den Markt geschüttet haben, nämlich fast 20 Milliarden Mark. Dieser papiere Reichstum, der Tag um Tag in diesen Milliardenströmen aus der Reichsbank herausprudelt, wird immer beforganisierender.

Möglich noch überraschender als die Zunahme des Banknotenumlaufs ist die Vergleichung des Kredits aufspruch, der bei der Reichsbank gelöst gemacht wird. In der letzten Novemberwoche 1921 hat die Reichsbank 1,44 Milliarden Mark Kredit doppelt belonten müssen, in der letzten Novemberwoche 1922 war aber der private Wechselkredit bei der Reichsbank auf 240,9 Milliarden gestiegen. Gegenüber der vorletzten Woche ist das eine Steigerung von über 38 Milliarden Mark. Die Lombardkredite, die in der letzten Novemberwoche 1921 nur 90 Millionen Mark betrugen, waren in der letzten Novemberwoche 1922 auf 84 Milliarden Mark und in der letzten Novemberwoche auf 51,4 Milliarden Mark angestiegen. Allein die Summe der privaten Kredite auf dem Wege der Lombardierung und Wechselkreditierung durch die Reichsbank ist in der letzten Novemberwoche um 81 Milliarden Mark gestiegen. Diese kolossalste Steigerung des von der Reichsbank genommenen Kredits erklärt sich sehr einfach daran, daß die Reichsbank mit einem Kreditstock von 10 v. H. der britischtige Kreditgeber in ganz Deutschland ist.

Der Fleischmangel

Die deutschen beschaupliktigen Schlachtungen in dem Wirtschaftsraum bis September gelten bei den Hauptfleischzetteln noch erheblich geringere Ziffern als vor dem Kriege. Die Schlachtungen an Schweinen zum Beispiel sind um 71 v. H. geringer als 1913. Dagegen ergibt sich eine Zunahme der Schlachtungen von Pferden und Hunden, und zwar 58,1 v. H. mehr bei Hunden und 194,5 v. H. bei Hunden. Auch die Schlachtungen von Ziegen und Jungtieren haben zunommen. Wenn man das Durchschnittsgewicht für ein Schlachtstück so annimmt, wie es das Reichsgesundheitsamt festgestellt hat, so ergibt sich, daß das Vierteljahr Juli bis September 2864 157 Doppelzentner Fleisch aus Schlachtungen gewonnen worden sind. In der gleichen Zeit des Jahres 1913 wurden aber 5906 382 Doppelzentner Fleisch gewonnen. Es ergibt sich also ein Anfall von über 3 Millionen Doppelzentner oder 51,5 v. H. zu dem erwähnten Durchschnitt standen also der deutschen Bevölkerung auf dem Kopf täglich 53 Gramm Fleisch zur Verfügung. Und viele Millionen hatten kein Geld, sich selbst eine so bescheidene Fleischmenge zu kaufen.

2 Millionen Wohnungen zu wenig

Zum "Wiederausbau" errechnet der Ministerialrat Krüger die Zahl der im gegenwärtigen Reichsgebiet seit Kriegsbeginn neu geschlossenen Ehen auf 397000. Davon die aufgelösten Haushaltungen, die Krüger auf 217000 schätzt, abgehen, fehlen somit 180000 Wohnungen für die durch Bevölkerung neu zugekommenen Haushaltungen. Dazu kommen noch 20000 Wohnungen für Flüchtlinge und etwa 20000, die die Besatzungsstruppen in Anspruch genommen. Wenn man das Durchschnittsgewicht für ein Schlachtstück so annimmt, wie es das Reichsgesundheitsamt festgestellt hat, so ergibt sich, daß das Vierteljahr Juli bis September 2864 157 Doppelzentner Fleisch aus Schlachtungen gewonnen worden sind. In der gleichen Zeit des Jahres 1913 wurden aber 5906 382 Doppelzentner Fleisch gewonnen. Es ergibt sich also ein Anfall von über 3 Millionen Doppelzentner oder 51,5 v. H. zu dem erwähnten Durchschnitt standen also der deutschen Bevölkerung auf dem Kopf täglich 53 Gramm Fleisch zur Verfügung. Und viele Millionen hatten kein Geld, sich selbst eine so bescheidene Fleischmenge zu kaufen.

Die Löhne in den Vereinigten Staaten

haben allgemein in der letzten Zeit einen Abbau erleiden müssen. Während des Krieges und auch unmittelbar darauf hatten sich die Löhne fortgesetzt erhöht. Die nachfolgende Krise hat auch auf die Löhne einwirkt. Dennoch stehen die amerikanischen Arbeiter im Durchschnitt mit besseren Reallohnern da, als vor dem Kriege. Der Durchschnittliche Wochenlohn der Arbeiter der Hauptgewerbe betrug im September 1922 24,93 Dollar gegen 12,54 Dollar im Juli 1914. Die Krüppel der Ernährungswellen (1914 = 100) betrug im September 1921, die der Arbeitserlösen aber 189. Das heißt die Ernährungswellen sind um rund 38 v. H. höher, die Löhne aber fast doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Der Reallohn der Arbeiter ist also beinahe um die Hälfte höher als 1914. Bei uns schwanken die Reallöhne zwischen 50 und 20 v. H. unter dem Reallohn der Vor-Kriegszeit.

Eine Milliarde Goldmark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

plant die englische Regierung auszuteilen. Sie will nämlich die Eisenbahngesellschaften in England verantlosen, ihre Anlagen und Betriebsmittel in großem Stile auszubauen. Dazu will die Regierung die Summe von 50 Millionen Pfund zur Verfügung stellen, die in Goldmark eine Milliarde ausmacht. Der Großteil dieser Maßnahme soll sein, die großen Arbeiterarbeitsplätze in Großbritannien unterzubringen und ihre Arbeitskraft zu wirtschaftlich wichtigen Aufgaben zu verarbeiten. Dieser Plan stellt die größte Rettungsarbeit auf die Höhe, die er in der Welt zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit unternommen werden ist.

Ein Prinzip der Erziehungskunst, das besonders sollte Männer, die Männer zur Erziehung mögen, vor Augen haben sollten, ist: Kinder sollen nicht dem gegenüberstehen, sondern dem zu kümmern möglich besser zu kümmern. Das Prinzip der Menschheit und deren genauer Bestimmung erzogen werden. Dieses Prinzip ist von größter Wichtigkeit. Eltern erziehen gemeinsam ihre Kinder nur so, daß sie in die gegenwärtige Welt, sei sie auch verdeckt, passen. Sie sollten sie aber besser erziehen, damit ein zukünftiger besserer Zustand dadurch herabreduziert werde.

Que Beachung!

Was jetzt an uns ist immer ein feindseliger Belehrungsfall, der sich aufsetzen will, um uns zu unterwerfen. Wenn es uns wie auszusehen, wie auszugehen, zu tun ist, dann ist es der Krieg, der Krieg zu ziehen.

Erziehung und Vertrag der Metallarbeiter-Zeitung.

Der Friedenskongress der Gewerkschaften

Der erste Tag.

Die Gründung des gewerkschaftlichen Weltfriedenskongresses war auf Sonntag den 10. Dezember angesetzt. Gleich nach der Mittagsstunde strömte im Haag viel Volk nach dem Tiergarten. Es verschwand in dem umfangreichen Gebäude, das mitten im Garten steht. Der weite Saal und seine Galerien füllten sich bald. Die Lieder von einem Dutzend Sprachen klangen aus Ohr. Internationale Gruppen bildeten sich allseitig. Alte Freunde, die sich seit 1914 nicht mehr gesehen, schütteten den Knochen aufs neue. Die leidenden Deute der sozialistischen und gewerkschaftlichen Weltgemeinschaften, als auch des bürgerlichen Pazifismus, waren zahlreich anwesend. Oben, am Vorstandstisch, hatte der englische Eisenbahner Thomas, der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, mit den anderen Mitgliedern des Vorstandes Platz genommen. Die Delegierten und diese waren mit ihrer Unterhaltung noch nicht hals fertig, als der Onkel des Präsidenten Thomas auf den Tisch knallte, von einem kleinen: Order! Order! begleitet. Mit kurzen Worten des Dankes die holländischen Gastgeber eröffnete er den Kongress. kaum war Überzeugung getan, erscholl vom Grunde der Bühne der Sturmang des sozialistischen Proletariats, die Internationale. Der zäger gemischte Chor „De Stem des Volks“ sang sie mit eindrucksvollem Wohlklang als Begeisterung. Der gesamte Kongress hörte sie höhnisch zu, stimmte dann — wilsprachig — mit ein, als der Rektor wiederholte.

Den Feigen der Begrüßungsredner eröffnete Steenhuis, das Haupt des Holländischen Gewerkschaftsbundes, ihm folgte Coelstra von der Sozialdemokratie Hollands, dem sich der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft des Haags anschloß. Nun war die Reihe wieder an dem Präsidenten. Er sagte, daß 600 Delegierte aus 24 Ländern erschienen seien, die an die 40 Millionen Menschen vertreten. Die Vertreter der früher im Haag stattgefundenen Friedenskonferenzen hätten die Regierungen gesprochen, die heutige Kongress aber spreche im Namen der leidenden Völker. Diese haben, führte Thomas weiter aus, eine solche Vertretung niemals benötigt als jetzt, nach dem Weltkrieg, der nur Völker in unmenschlichem Leid geschaffen hat. Man kann sagen, daß durch den

Krieg und seine Folgen 35 Millionen Menschen ums Leben gekommen sind. Nicht nur das. Die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten betrug vor dem Krieg 11½ Dollar auf den Kopf der Bevölkerung, heute aber 249 Dollar, die Englands einst 75, heute 817, die Frankreichs einst 166, heute 1668 Dollar. Vier Jahre nach dem Waffenstillstand ist eine Million Soldaten mehr unter den Waffen als 1913. Ein neuer Krieg wird noch unendlich graußlicher sein als der letzte. Die gewisse Abteilung des amerikanischen Kriegsministeriums hat einen Entwurf, wonach ein einziger Leichen zur Tötung eines Mannes genügt. Die Frage ist heute nicht: Krieg oder Friede? sondern: Kann es unter den Kriegsmoloch geopferten Kameraden schuldig, die Wiederkehr eines solchen Grauens abzuwehren. Die ganze Welt blickt Hoffnungsvoll auf diesen Kongress, der seinen Erfolg bei tausenden von Männern (Stürmischer Beifall)

Es wird nun die Sitzungszeit festgesetzt und bestimmt, daß die Plenare nacheinander entgegengenommen, dann in die Aussprache eingetreten werden soll.

Der zweite Tag.

Als der erste der Referenten spricht Jouhaux, der Präsident des französischen Gewerkschaftsbundes, und zwar über: Die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller für den Frieden willenden Kräfte. Er sagt in seiner echt französischen Stileleganz, unter anderem: Wir sind verantwortlich, um praktische Mittel zur Vermittelung des Weltfriedens zu finden, der nicht bloß ein leeres Wort bleibt, sondern eine Tatsache werden muß. Der Frieden muß organisiert werden. Zu diesem Zweck fordern wir einen Völkerbund, dessen Vertreter von dem Parlament bestimmt und überwacht sind. Ein solcher Völkerbund ist mit Nachprüfungseinheiten auszustatten. Und wenn ein Staat seine Entscheidungen nicht beachtet, haben sich die anderen gegen ihn zu verbünden. Der Generalstreik als Mittel zur Abwehr des Krieges hat auch scheinbar unsere Waffe zu bleiben. Über neben der Ausbereitung dieser Waffe muß unermüdlich außer und in den Parlamenten für die Verstärkung der Friedenstrümpfe gerungen werden. Die Arbeiter im besonderen haben, wollen sie nicht für einen neuen Massenmord mit verantwortlich werden, die Herstellung von Waffen und Munition zu verweigern. Die Russen und Griechen könnten fortfahren, sich gegenseitig abzudrängen, weil sich in Frankreich und England

Arbeiter fanden, die ihnen die Waffenmittel fertigten.

Eine solche Pflichtvergessenheit darf niemals wieder geschehen. (Beifall.) Der zweite Referent, Henderson, der Sekretär der englischen Arbeiterpartei, spricht über: Was haben die Regierungen und die politischen Parteien für den Frieden getan und was können sie tun? Er beginnt mit einer Schilderung des Kriegsschreckens. Die proletarischen Schichten sind die ersten, die von dem Kriegsgreuel erschrocken werden, sie sind die letzten, die sich keinen Widerungen entziehen können. Wenn das Unheil noch einmal losbricht, ist das Ende der abendländischen Kultur gewiß. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat zu Stein beschlossen, im Kriegsfalle zum Generalsstreik zu greifen. Die Sache des Friedens aber wäre schon verloren, wenn die Verhältnisse sowohl gebieten, daß wir ihn erläutern müßten. Unsere Aktion muß so sein, daß die Kriegsgefahr selbst unterbunden ist. Die kapitalistischen Klasse haben seit dem Waffenstillstand alles andere, nur nichts zur Verminderung der Gefahr getan. Die Washingtoner Abdankungsdeklaration hat nur einige Marineferien geschafft, aber die Land- und Luftflotte nicht angefaßt.

Henderson geht nun zur Darstellung der Lage Deutschlands über. Der Vertrag von Versailles hat die besieгten Länder in eine unerträgliche wirtschaftliche Lage gezwungen, den Siegerländern unfehlbare Ruhetherrschaft gebracht, um Rußland einen Drachwerkauszug zu ziehen. Unsere schlimme Lage ist nur durch einen Völkerbund, durch einen sozialistischen, herauszukommen, der nicht unter der Bormannschaft der alliierten Mächte steht, der, mit gesiegender Macht und Friedensfreiheit ausgestattet, wissentlich an der Abrüstung, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und an derVerteilung der industriellen Macht arbeitet. Außerdem haben die drei großen Bewegungen des Kapitalismus, die Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien, gemeinsam für den Frieden zu arbeiten und sich die Mithilfe aller willigen Friedenskräfte zu sichern. Darin ist mit diesem Kongress der Konsens gemacht, denn es haben sich hier im Haag

Die beiden sozialistischen Internationale wieder vereinigt, insbesondere eine neue, starke Bürgerschaft für die Erhaltung des Friedens gegeben ist. (Allgemeiner Beifall.)

Auf dem Rednerpult erscheint nun der französische Abgeordnete Professor Vuissier, der als Präsident der Liga für Menschenrechte von den bürgerlichen pazifistischen Körperschaften spricht, und zwar über die Förderung des Friedensideals unter dem heranwachsenden Geschlecht durch Erziehung. Er erklärt, der bürgerliche Pazifismus sei bereit, mit der organisierten Arbeiterschaft für die Abwehr des Krieges zu wirken. Ihm folgt v. Gerlach vom deutschen Friedensbund. Seit den Augusttagen von 1914 sei er der Überzeugung, daß nur die Arbeiterschaft imstande sei, den Krieg zu verhindern, daher müßten mit dieser alle bürgerlich-pazifistischen Organisationen zusammenarbeiten. Es genüge nicht, schwere Entschließungen zu fassen, sondern man müsse zu einem praktischen Ergebnis kommen. Jeder einzelne müsse sich freiwillig die Waffen zu tragen. Ein Aktionsausschuss gegen den Krieg sei zu bilden, der alle proletarischen und bürgerlichen Friedensorganisationen umfaßt.

Der dritte Tag.

Als letzter der Referenten kommt am Dienstag früh Edouard Jamain, der internationale Gewerkschaftssekretär, zum Wort. Er spricht über: Die Aufgabe der organisierten Arbeiter in der Bewegung für den Weltfrieden. Er beginnt mit der Frage, worin denn eigentlich der Teil des Friedens und des Glücks besteht, den das Vaterland dem Proletariat zuerkenne. In jedem Lande sei die Lage des Proletariats die gleiche, ob er zur Siegenden oder zu unterlegenen Seite zähle. Allerwärts müsse der Proletarier gleich schwer für sein tägliches Brot und seinen Anteil an der Kultur kämpfen. Dieser Krieg ist eine Quelle des Reichtums für die Kapitalisten. Der Massenmord ist ein Geschäft, das den Kapitalisten reichen Gewinn verbürgt. Das dies von der Arbeiterschaft genügend klar erkannt worden sei, ist freudig zu begrüßen. Der Ausdruck dieser Einigkeit sind die Beschlüsse der Metallarbeiter, Bergleute und Transportarbeiter, die sich für die Kontrolle der Waffenproduktion einzusetzen und jede Kriegsdrohung mit der Arbeitsniederlegung zu beantworten entschlossen sind. Es ist höchstverständlich, daß der Generalstreik sich auf die am Kriege teilnehmenden Länder zu beschränken hat. Auf jeden Fall aber muß verhindert werden, daß andere Länder die kriegsführenden Länder unterstützen. Dem Krieg ist mit allen Mitteln zu begegnen. Nur ein Krieg ist edel und notwendig, nämlich der Krieg für den Frieden. Dieser Krieg werden die arbeitenden Massen allein zu führen haben. Das kapitalistische Privateigentum erzeugt den Krieg, wie es den Viehmarkt gebürt. Die Menschheit muß aus der furchtbaren Jagdgesetze heraus. Sie hat nicht die Wildtigkeiten der Natur überwunden und den menschlichen Geist entwickelt, um Krieg zu machen und Siege zu gewinnen, sondern um diesen zu besiegen und um unsere schöne Erde zu einer Stätte des Glücks und des Friedens zu machen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Jamain seine geballten Rechte und überaus wütenderede beendet, beginnt die allgemeine Aussprache. Es sind schon 22 Redenlustige vorgemerkt, noch mehr eilen, sich in die Liste einzutragen zu lassen. Frau Bär (Deutsches Friedenskärtell) berichtet, ein englischer Wissenschaftler habe das Verlangen, Giftpfeile zu machen, mit den Waffen abgewiesen, er prämierte seine Wissenschaft nicht, ihrerseits sollten die

Arbeiter ihre Hände nicht durch Morde, Energiezeugung profitieren.

Der Diakonus von Worcester (England) erklärt, seine Gemeinschaft propagiere die wahre Menschenliebe, die moralische Aufrüstung sei ebenso notwendig, wie die mehr praktische Friedensarbeit der Gewerkschaften.

Loewensohn (Russischer Gewerkschaftsbund): Dieser Kongress ist kein Weltkongress, denn er umfaßt nicht auch die Arbeiter Russiens und Australiens. Wir, die Russen, sind für die Einheitsfront, aber nicht mit der Bourgeoisie. Wir fordern, daß die rote Gewerkschaftsinternationale, der Amsterdamer Gewerkschaftsbund und die Wiener Arbeitsgemeinschaft einen Aktionsausschuss bilden. Wenn Sie glauben, Sie könnten ohne die rote Gewerkschaftsinternationale den Krieg bekämpfen, dann sind Sie zu belügen. Die Frage ist, ob man hier überhaupt eine Aktion gegen den Krieg unternehmen will. Um den Krieg gegen den Krieg wirklich zu führen, muß vorerst der Krieg gegen die Bourgeoisie erklärt werden. Diesen Krieg werden wir vor allem führen, wenn Sie wollen, mit Ihnen, wenn Sie nicht wollen, dann ohne und gegen Sie. (Vereinzelter Beifall und Heiterkeit.)

Dumoulin (Französischer Gewerkschaftsbund): Losowolsky sagt, wenn alle Glieder der roten Gewerkschaftsinternationale hier wären, dann erst sei es ein wahrer proletarischer Kongress. Ich bin anderer Meinung. Denn wenn zum Beispiel die Kommunistische Partei Frankreichs auch hier wäre, dann wären wirklich Bourgeois hier, weil diese Partei nur aus Bourgeois besteht. (Lauter Beifall und Zwischenrufe.) Wir fühlen uns frei und unabhängig von irgendwelcher Regierung, während die kommunistischen Gewerkschaften Rußlands von deren Regierung abhängig sind. Wenn man von einer Regierung so abhängig ist wie in Rußland, kann sich die Freiheit des Denkens und Handelns nicht entwickeln. Würde von Rußland aus nicht die Herrschaft der Bourgeoisie betrieben, wir hätten heute noch die Einheitsfront und damit eine genügend starke Basis, der Reaktion zu begegnen. (Langanhaltender Beifall.)

Graumann (Deutscher Gewerkschaftsbund): Die Lösung: Krieg oder Frieden wird so lange eine Phrase bleiben, als nicht alle willigen Kräfte aller Länder zusammengefaßt sind. Die Bewegung gegen den Krieg hat international zu sein, oder sie wird nicht sein. Heute haben wir einen Frieden, der unmoralischer, unethischer, hassenwert ist, als selbst der militärische Krieg, weil er sich gegen wehrlose Frauen und Kinder richtet. In unserm Lande ist der Krieg zu einem Tag gefordert, weil die Produktion nicht genügt, den Hunger zu stillen, weil das ohnehin ungünstige Brot weggeschoben wird, um die Sieger zu befriedigen. Die Gefährdung des Neujahrstags in Deutschland gefährdet auch die Errungenheiten der Arbeiter anderer Länder. Wir wollen selbstverständlich mehr erzeugen, aber wir wollen nicht, daß unsere Reiterzeugung zur Förderung des Militarismus dient. Unser Streben, die Reparation zu leisten, wird gehemmt durch die Tatsache, daß es auf der andern Seite der Grenze nichts hervorruft als neue Drohungen und höhere Forderungen. Diesen Zustand, der der deutjigen Reaktion Kräfte zusäßt, zu besiegen, sollten sich alle Gewerkschaften angelegen sein lassen. (Beifall.)

Radek (Russischer Gewerkschaftsbund): Genosse Dumoulin hat ein schiefes Bild von der roten Gewerkschaftsinternationale entworfen. Trotzdem machen wir auch den Vorschlag, mit Euch eine Einheitsfront zu bilden. (Zwischenrufe.) In Eurer Entschließung von Rom wird der Generalstreik gegen den Krieg gefordert. Wenn es Euch ernst damit ist, dann muß Ihr den Standpunkt der Vaterlandverteidigung aufgeben. Das wollt Ihr tun gegen den Verfaßter Vertrag? In Eurer Resolution fordert Ihr die Revision des Vertrags. Mit diesen Worten aber ist nichts zu erreichen. Daraum schlagen wir Euch vor eine Woche der Propaganda gegen den Verfaßter Vertrag, die ausmündet in einem einstigen

Generalstreik gegen die Besetzung des Rußgebiets.

Durch diese Aktion können Sie die Massen aufzulösen, nicht für Rußland, denn dieses hat eine Armee, die es zu behalten gedenkt, um die reaktionären Mächte zur Abtrünnung zu bringen. Zur Sicherung des westeuropäischen Friedens sind wir russischen Kommunisten zur Zusammenarbeit mit Euch bereit.

Van der Velde (Belgische Arbeiterpartei): Der Bürger Rabel schlägt uns eine Einheitsfront vor, er hat wohl vergessen, daß in seinem Bande unsere Genossen, alte sozialistische Kämpfer, entgegen feierlichen Versprechungen zum Tode verurteilt mit dem Henkerspfeil über dem Haupt im Kerze schmachten. Hierin müßte er anfangen, wenn er es mit der Einheitsfront ehrlich meint. (Beifall.) Das müssen wir verlangen, weil wir ebenso sehr für die Freiheit der Personen sind, wie für die Freiheit der Völker. Was wir im faschistischen Italien verurteilen, besteht auch in Rußland, die Vergewaltigung der Mehrheit durch eine Minderheit. Gewalttäglichkeit muß immer verurteilt werden. Wir wollen, daß das Recht der Wiedergutmachung bestehen bleibt, wenn aber, wie es hier der Fall ist, die deutsche Arbeiterklasse durch die Wiedergutmachung in Knöchelhaft gebracht wird, dann lehnen wir dieses Recht so nachdrücklich wie nur möglich ab. (Allgemeiner Beifall.) Während der langen, dunklen Nacht des Krieges haben wir niemals den Glauben an die Internationale verloren. Unsere Glaube hat sich erholt. Die Arbeiterklasse hat sich wieder vereinigt, um dem Kriege vorzubürgern. Die neue Internationale zu erhalten und zu stärken, ist die Vorbereitung eines wirksamen Kampfes gegen den Krieg. (Lauter Beifall.)

Bugton (Englische Arbeiterpartei): Die allgemeinen Grundsätze für den Frieden sind wohl wertvoll, aber sie genügen nicht. Ich würde zu wissen, was getan werden soll, wenn heute der Krieg wieder ausbricht. Was ist zu tun, um den neuen Konflikt, der sich auf der Baustelle konzentriert, zu verhindern? Was ist zu tun gegen die Besetzung des Rheinlandes? Zurück müssen die Böller Frankreichs und Belgiens gegen die Besetzung des Rheinlandes laut protestieren. Die Reparationsfrage, die irrtümlicherweise von der Weimarer Republik ausgeht, muß auf eine neue ethische Grundlage gelegt werden. Mit der Lösung dieser brennenden Streitfrage muß der Anfang gemacht werden, was möglich ist, als Einheitsfront gegen einen problematischen Krieg zu kämpfen. (Allgemeiner Beifall.)

Professor Dubois (Deutsche Friedensgesellschaft): Wir organisierten Kaufleute unterstützen den Generalstreik, nicht, weil er die soziale Revolution ist, sondern weil er die soziale Ordnung rettet. Gilt der Generalstreik eintritt, heißt aber nicht, auf das Werk der Kombverteidigung verzichten. Auch bei der Revision des Verfaßten wollen wir Kaufleute eine feste Einheitsfront mit den Gewerkschaften bilden für die Verfolgung des gemeinsamen Ziels.

Der vierte Tag.

Die Aussprache wird fortgesetzt. Als erster spricht der Belgische Professor Oplet, ihm folgt Tr. Bondfield (Englische Gewerkschaften) und der französische Gewerkschafter Poisson. Danach folgt Rotstein (Russischer Gewerkschaftsbund). Dieser legt dem Kongress ein Programm mit 14 Punkten vor, worin unter andern die Propagandawoche mit einstündigem Generalstreik und die Schaffung von legalen und illegalen Organisationen innerhalb der russischen Armeen gefordert wird, womit im Bedürfnisfall die Kriegsführung möglich zu machen sei.

Abrahamowitz (Sozialdemokratische Partei Englands): Die von Rader hier vorgeschlagene Einheitsfront hätte schon seit einem Jahre bestehen können, wenn wir dieses Jahr aus der Geschichte streichen könnten. In diesem Jahr sind

in Rußland Stände von Arbeiterschlachten gesunken.

Oder vielleicht will Rader in Westeuropa jene Einheitsfront, wie sie die russische Regierung zwischen Sozialdemokraten und ihren Verbündeten hergestellt hat. Wir können keine Einheitsfront für den Frieden fordern, die das sozialistische Georgien mit Krieg und Schrecken überzogen haben. In Rußland ist eine Armee geschaffen, wo die Armeen anderswo Jahre bei der Infanterie und vier Jahre bei der Marine dienen müssen. Dessen ungeachtet würde ich mit den Russen eine Einheitsfront bilden, wenn sie nur eine einzige Bedingung erfüllten: daß im kommunistischen Rußland die Einheitsfront den Arbeitern gelässt und es diesen wenigstens die Freiheit gibt, die sie im kapitalistischen Westeuropa haben, damit die Arbeiter in Rußland gemeinsam denken, handeln und sterben können. (Stürmischer Beifall.)

Gruimbaud (Sozialistische Partei Frankreichs) greift die russische Ablösung heftig an. Diese habe am allerwichtigsten ein Recht, hier Verbündete zu erzielen, denn sie vertrete eine Regierung, deren Politik die Friedensforderung überzeugt habe. Wir fordern, daß die sozialistische Georgien mit Krieg und Schrecken gegen die russische Ablösung nicht mit Sozialistenseindlichkeit und Gewalttätigkeit zu tun habe.

Dr. Stöcke (Antimilitärisches Büro) begründet einen Antrag für die Umwandlung der Rüstungsbetriebe in Friedenswerstätten. Es sei ja zu klagen, daß man hier wieder den Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg mache. Wenn man bei dieser Auffassung bleibe, sei man nicht woller als 1914. Der Krieg müsse verurtheilt werden, welcher Art er auch immer sei.

Wels (Deutsche Sozialdemokratie): Unsere Freunde in den Siegerstaaten helfen von uns

Bürgerschaften für die Erhaltung der deutschen Republik.

Diese Bürgerschaft haben sie sicher, denn die deutsche Arbeiterschaft ist bestimmt republikanisch. Aber, Ihr Freunde aus den Siegerstaaten, der größte Feind der deutschen Republik sitzt in Euren Ländern. Durch eure eigenen Regierungen wird die Reaktion in Deutschland gefährdet. Durch die beständige Bedrohung von außen wird das Vertrauen in unsere Partei zerstört, unsere wirtschaftliche Lage schlimmer, unsere Verselbständigung unaufhaltsam. Wir wollen bestimmt nicht, daß unser Leben durch neuen Massenmord zu verschärft wird. Wir wollen es durch Zusammenarbeit und Beschäftigung mildern. Das Gebot der Stunde ist, die Rüstungsbefreiung zu verhindern und der Friedenskrieg zu realisieren, sich der völligen Verkrüppung Deutschlands zu widersetzen. Bei der Lösung dieser aktuellsten aller Aufgaben müssen unsere ausländischen Freunde mithelfen. (Beifall.)

Friedrich Adeler (Wiener Arbeitergemeinschaft): Wir, die Arbeiterbewegung seit langem lernen, müssen das schwierige Problem nüchtern betrachten. Wir sind aller wider den Krieg, wie alle wollen ihn verhindern. Hierin liegt nicht das Problem, noch aber darin: Was ist zu tun, falls der Krieg entgegen unserm Willen ausbreicht. Eine Antwort ist bis heute nicht gefunden. Sie zu suchen, zwinge uns die gräßliche Erfahrung der Arbeiterklasse. Sie ist heute fest entschlossen, daß Unheil nicht noch einmal zu erleben. Aus dieser Erfahrung schöpfen wir die Weisheit für die Lösung der Frage.

Graf v. Kessel (Deutsche Friedensgesellschaft): Wir sind der Ansicht, daß es die erste Aufgabe des Pazifismus sein muß,

die Arbeiter für den Generalstreik gegen den Krieg

zu erziehen. Wir meinen, daß der Völkerbund ausgebaut werden muß, damit er zum Mittel der Friedenssicherung wird. Im übrigen darf man sich bei Kriegsausbruch nicht bei der Unterfütterung einer Schuldfrage aufhalten, ob Angreiff oder Verteidigung, weil die Erfahrung lehrt, daß dies herauszufinden ungünstig schwer ist. Es wird bei der Verteidigung, Reparationen zu leisten, immer bloß Nachdruck auf den Kriegsaufmarsch der zerstörten Gebiete gelegt, von den zerstörten Menschen leben aber wird kaum gesprochen. Deren Erhaltung muß alle unsere Unstrengung gelten. (Beifall.)

Nachdem noch Caballero (Spanischer Gewerkschaftsbund) dargelegt hat, wie sehr selbst das neutrale Spanien durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurde, wird die Aussprache durch das Schluswort Jouhaux beendet. Für die Beratungen der Kommissionen wird der vierte Tag festgestellt.

Der letzte Tag.

Dem Kongress liegen die Entschließungen der fünf Kommissionen vor. Wieder entworten, daß die allgemeine Aussprache noch einmal ankommt, sich jedoch Redner beteiligen, die insofern wesentlich Neues nicht bringt. Von den Entschließungen, die drei Spalten füllen würden, können hier nur lange Auszüge aus den drei wichtigsten gebracht werden. In der Entschließung der Gewerkschaften kommt es:

Die Arbeiterbewegung darf sich nicht darauf beschränken, eine Fabrikations- und Transportkontrolle über Kriegsmaterial aus

